

DEUTSCHE ZOLL- UND FINANZGEWERKSCHAFT

Mitglied im DBB - Beamtenbund und Tarifunion

Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Red. Uwe Büttner / OV Potsdam



www.bdz-bb.de

8/2008

Info vom 20. Februar 2008



Aktionstage im öffentlichen Dienst:

Acht Prozent sind nicht zuviel verlangt!

Mit Aktionstagen in Berlin und anderen deutschen Städten haben Beschäftigte im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen am 19. Februar 2008 ihrer Forderung nach acht Prozent mehr Einkommen Nachdruck verliehen. Neben der Hauptstadt waren Flensburg, Freiburg, Dortmund, Neuss und Schwerin sowie Würzburg Schauplätze der von der dbb tarifunion und mehreren dbb Mitgliedsgewerkschaften initiierten Veranstaltungen. Der Protest richtete sich gegen das Minusangebot der Arbeitgeber in den bisherigen Verhandlungen zur Einkommensrunde 2008, das von den Beschäftigten als Mogelpackung zurückgewiesen wurde.

Allein zur großen Protestkundgebung von Beschäftigten der Bundesverwaltung, die vor dem Bundesfinanzministerium in Berlin stattfand, kamen mehr als 1.000 Demonstranten. Der dbb-Verhandlungsführer und 1. Vorsitzende der dbb tarifunion, Frank Stöhr, sagte: "Es reicht uns, es wurde genug gespart am öffentlichen Dienst. Damit muss Schluss sein." Die Forderung nach acht Prozent, mindestens aber 200 Euro monatlich mehr sei "nicht zuviel verlangt, sondern angemessen". 2,5 Prozent in 2008 und 0,4 Prozent in 2009 bei einer Erhöhung der Wochenarbeitszeit um anderthalb Stunden - das sei eine "verkappte Nullrunde", so Stöhr. An die Adresse der Arbeitgeber gerichtet, fügte er hinzu: "Am 25./26. Februar geht es in die nächste Runde. Wir erwarten dann endlich ein seriöses Angebot."

"Einkommensverbesserung gern - nur nicht im öffentlichen Dienst. Teilhabe am Aufschwung gern - nur nicht im öffentlichen Dienst. Das ist der falsche Weg, und den gehen wir nicht mit", machte Stöhr klar. Es sei genug gespart an Krankenschwestern, Straßenwärtern, Verwaltungsmitarbeitern und Erzieherinnen. Bei den Verhandlungen in Potsdam und bei den bundesweiten Aktionen der Gewerkschaften gehe es darum, gemeinsam ein gutes Ergebnis zu erreichen - "gemeinsam, das heißt: Arbeitnehmer und Beamte, ver.di und dbb, Beschäftigte des Bundes und der Kommunen".